

Ab Dienstag wird die Rente geteilt

Mütter profitieren vom neuen Scheidungsrecht

Von Steffen Hebestreit

BERLIN. Vom 1. September an gelten neue Regeln für Scheidungen in Deutschland. Sie betreffen die finanziellen Fragen, die sich bei einer Trennung stellen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) spricht von einem „modernen Familienrecht“.

Wer profitiert von der Neuregelung?

Grundsätzlich werden Ehen, bei denen die Partner keinen Ehevertrag geschlossen haben, künftig als Zugewinngemeinschaften geführt. Das Vermögen, das in einer Ehe angehäuft wird, fällt im Falle einer Scheidung somit beiden Partnern zu gleichen Teilen zu. Zusätzlich werden allerdings, anders als bisher, auch die Schulden berücksichtigt, die ein Partner mit in die Ehe gebracht hatte und die im Laufe der Beziehung getilgt wurden. Für diesen Schuldenabbau muss der andere Partner finanziell entschädigt werden. Die Regierung verspricht sich von dieser Regelung mehr Gerechtigkeit für die Partner.

Welche Schutzpflichten beseitigt das neue Recht?

Künftig wird als Stichtag für den „Kassensturz“ bei einer Trennung der Tag genommen, an dem die Scheidung bei Gericht beantragt wird. Die Eheleute müssen zu diesem Termin ihre gesamten Vermögensverhältnisse vorlegen. Bislang mussten sie lediglich ihre Vermögenswerte angeben – und erst am Ende des Trennungsjahres die Belege erbringen. Nicht wenige Partner nutzten diese Zeit, um Teile des Vermögens zu verjubeln oder zur Seite zu schaffen, um den Ex-Partner zu überteuern. Diese soll nun verhindert werden.

Was ändert sich bei den Rentenansprüchen?

Wenn eine Ehe geschieden wird, werden die Rentenansprüche, die beide Partner während ihrer Ehe angehäuft haben, gleichmäßig aufeinander verteilt. Das heißt, die Ehefrau, die wegen der Kindererziehung einige Jahre im Beruf ausgesetzt hatte, erhält genauso viele Ansprüche wie ihr Mann, der in dieser Zeit ununterbrochen in Rentenkasse und private Altersvorsorge eingezahlt hat. Künftig werden zudem alle Ansprüche, die die Partner erwerben, hälftig geteilt. Bislang gab es komplizierte Umrechnungstabellen, die oft zu Verzerrungen zu Ungunsten der Ehefrauen geführt hatten. Von 1. September an erhalten beide Partner die Hälfte der Rentenansprüche und des Kapitalwertes der betrieblichen Altersvorsorge. Insgesamt wird das Ausgleichssystem nach Meinung der Bundesjustizministerin damit einfacher und transparenter.

Wie viel Ehescheidung gibt es jedes Jahr in Deutschland?
Knapp 192.000 Paare ließen sich 2008 scheiden, in 54 Prozent der Fälle reichten die Ehefrauen die Scheidung ein.

Mühsame Vergangenheitsbewältigung In der jungen Bundesrepublik bekamen auch NS-Verbrecher das

Verdienstvoller Kriegsverbrecher

In der Oberpfalz heißen Straßen immer noch nach Friedrich Flick, der dank Zwangsarbeit und

Von Moritz Baumstieger

Im Westerwald diskutierte man mehr als 20 Jahre. Am Ende setzten sich die durch, die als „dumm“ und „Störenfriede“ bezeichnet worden waren. In der Oberpfalz diskutiert man erst seit kurzem, und es sieht so aus, als würde alles beim Alten bleiben. Der Stein des Anstoßes in Kreuzberg im Westerwald war der Name des Gymnasiums. Es ist der Name Dr. Friedrich Flick. So heißen auch rund 450 Kilometer südöstlich drei Straßen und ein Stadion. Sie tragen den Namen eines Industriemagnaten, der nach 1945 als sozialer Spender in Erscheinung trat, den Namen eines Trägers des Bundesverdienstkreuzes – aber auch den Namen eines verurteilten Kriegsverbrechers.

„Ich habe nicht gewusst, dass Flick ein verurteilter Kriegsverbrecher ist“

Flick erlangte seinen Reichtum auch durch die so genannte Arierisierung jüdischen Eigentums. Als guter Freund von Hermann Göring profitierte er besonders von der Enteignung jüdischer Firmeninhaber und baute sich so ein Industrie-Imperium auf. In seinen Stahl- und Waffenfabriken wurden während des Krieges Zwangsarbeiter ausgebeutet, mehr als 10.000 von ihnen sollen an den Folgen von Unterernährung und Erschöpfung gestorben sein.

Deshalb wollten in den 80ern einige in Kreuztal ihr Gymnasium nicht mehr nach Flick benannt sehen. 1988 scheiterte ein Antrag auf Umbenennung im Stadtrat noch, 20 Jahre später – im November des vergangenen Jahres – besann man sich, seitdem gehen die Schüler aufs „Städtische Gymnasium Kreuztal“.

Elf Monate später ist die Debatte in der Oberpfalz angekommen. „Ehrlich gesagt habe ich von Kreuztal gar nichts mitbekommen. Ich habe nicht gewusst, dass Flick ein verurteilter Kriegsverbrecher ist“, sagt Maria Steger. Darin sieht die CSU-Frau auch einen persönlichen Fehler. Steger ist Bürgermeisterin im kleinen Städtchen Teublitz, ein wenig nördlich von Maxhütte-Haidhof gelegen. Das Stahlwerk dort war



Friedrich Flick vor dem Militärgerichtshof in Nürnberg, der ihn 1947 als Kriegsverbrecher zu sieben Jahren

Gefängnis verurteilte. SZ-ARCHIV

einer der Orte, an denen polnische Zwangsarbeiter unter unmenschlichen Bedingungen für Flick arbeiteten.

Als Flick nach seiner Begnadigung in der Region wieder zum größten Arbeitgeber aufstieg, ehrten ihn Teublitz, Maxhütte-Haidhof und die nahe Kreisstadt Schwandorf, indem sie eine Straße nach Flick benannten. In Sulzbach-Rosenberg hieß das Stadion schon seit den 30er Jahren so.

Dies sollte sich nun endlich ändern, fanden einige. In Teublitz und Maxhütte-Haidhof reagierten die Stadträte und berieten das Thema unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Votum war beide Male: Alles bleibt, wie es ist. Zwar

dürften laut Gemeindeordnung eigentlich nur Bau- und Personalentscheidungen nicht-öffentlich beraten werden, doch die Rechtsaufsichtsbehörde hält beide Beschlüsse für gültig.

„Ich wollte so Schaden von meinen Stadträten abhalten“, sagt Bürgermeisterin Steger. „Nicht, dass jemand wegen eines unbedachten Wortes in eine Ecke gedrängt wird.“ In Schwandorf hingegen will man sich mit dem Thema nicht befassen. Solange Flick das Bundesverdienstkreuz nicht aberkannt werde, will der Bürgermeister hier nicht über eine Umbenennung diskutieren.

So eine Möglichkeit bestehe aber gar nicht, sagt Martin Kothé,

Sprecher des Bundespräsidenten Horst Köhler. Und Flick ist auch nicht der einzige Träger eines Verdienstordens, der im Nachhinein zweifelhaft erscheint; eine NS-Vergangenheit haben mehrere.

Ein Sechstel der Bevölkerung hat für Flick gearbeitet – die Aufregung im Ort ist gering

Der Teublitzer SPD-Stadtrat Franz Pfeffer ist einer der wenigen, die ihr Votum aus der geheimen Sitzung öffentlich gemacht haben. Für ihn ist die Situation unerträglich, auch wenn er weiß, dass die Mehrheit vor Ort eine andere Meinung hat. 5000 Men-

Bundesverdienstkreuz – aberkannt werden kann es ihnen bis heute nicht.

„Arisierung“ reich wurde

„Spitze des Eisbergs“

Hans-Christian Ströbele fordert Aufarbeitung

Herr Ströbele, ist es tragbar, dass Kriegsverbrecher wie Friedrich Flick Träger des Bundesverdienstkreuzes sind?

Wenn heute so jemand das Verdienstkreuz bekäme, wäre das unerträglich und würde zu heftigen Protesten führen. Dass Kriegsverbrecher wie Flick solche Ehrungen bekamen, ist aber exemplarisch für das Denken in der Nachkriegszeit.

Ein Verdienstkreuz posthum anzuerkennen, ist nicht möglich. Sollte das geändert werden?

Jetzt einem Verstorbenen die Ehrung posthum zu entziehen, steht für mich nicht im Zentrum des Interesses. Das greift zu kurz. Viel wichtiger ist die Frage: Wie konnte es damals dazu kommen, dass an Kriegsverbrecher solche Ehrungen vergeben wurden? Bei den meisten waren die jeweiligen Vorgeschichten bekannt. Da ging es ja nicht etwa um unbekannte Verbrechen, die Jahre später ans Licht kamen. Diese Leute hatten wichtige Funktionen auch im Nazisystem inne – das wusste jeder!

Sie sind also gegen einen Entzug. Mir geht es darum zu zeigen, dass die Verleihungen von Verdienstkreuzen und die Biografien der Träger viel über das allgemeine Bewusstsein in der frühen Bundesrepublik aussagen. Ich kenne diese Zeit ja, habe sie als Schüler erlebt: Da gab es auf allen Ebenen Leute, die in hohen Ehren gehalten worden sind, obwohl sie unendlich viel zu verbergen hatten – die Verdienstkreuzträger sind da ja nur die Spitze eines Eisbergs.

Wie erklären Sie sich, dass sich dieser Eisberg bilden konnte?

Damals war eine völlig andere Sicht auf die deutsche NS-Vergangenheit allgemeine Volksmeinung. Bei einer Umfrage hätte noch lange nach dem Krieg eine Mehrheit gesagt, dass der 8. Mai kein Tag der Befreiung, sondern ein Tag „unserer“ Niederlage war.

Es mangelt also an Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte.

Es wäre notwendig, dass wir uns diesen Teil unserer Geschichte genau ansehen. In vielen Ämtern bis hoch in Regierungen saßen Men-

schen, die schwere Schuld auf sich geladen hatten. Am Beispiel der Verdienstkreuzträger können wir uns gerade heute angesichts des Erstarkens von Neonazi- und fremdenfeindliche Gruppen damit auseinandersetzen, wie die Stimmung damals in der Bevölkerung war. Und wie die Politik damit umging.

Wie könnte ein neuer Umgang mit den zweifelhaften Verdienstkreuzträgern aussehen?

Eine Idee wäre ein Forschungsauftrag etwa an eine Historikerkommission. Zu den belasteten Geehrten könnte ein ausführlicher Kommentar mit den Fakten ihres Wirkens in das Verzeichnis aufgenommen werden. Die „Bösen“ herauszustreichen, wäre einfach, aber falsch. Das wäre eine Weißwaschung der Geschichte, eine Tilgung von Fehlern, die wir gemacht haben.



Hans-Christian Ströbele (70), ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag. DDP

Welche Punkte hätte so eine Historikerkommission zu klären?

Zwei Punkte wären zu prüfen: Einmal die Fakten der Schuld neben den Verdiensten. Und zweitens – und das ist mir genau so wichtig – wie konnte es trotz der Schuld dazu kommen, dass das Kreuz verliehen wurde? Die Antworten sollten nicht nur Historikern zur Vervollständigung der Geschichtsbücher dienen, sondern müssten bekanntgemacht werden, damit wir daraus lernen.

Es gibt ja nicht nur Fälle aus der jungen Bundesrepublik. Noch 2000 bekam Heinz Eckhoff, ein ehemaliger SS- und späterer NPD-Mann, ein Verdienstkreuz.

Das ist absolut unbegreiflich. Ich weiß nicht genau, wie das Präsidialamt arbeitet, aber in dem Fall wäre die Vorgeschichte im Internet einfach zu recherchieren gewesen. Vor 40 Jahren war das schwieriger – heute kann man das schon verlangen.

Interview: Moritz Baumstieger

Die Schutzensel der bedrängten Richter

Betrugsvorwurf gegen Wolskis Mann erhärtet

Von Pitt von Bebenburg

Ein krummes Immobilien-Geschäft in Cannes, in das die hessische Richterin Karin Wolski verstrickt sein soll, dürfte juristisch angreifbarer sein, als es die Frankfurter Staatsanwaltschaft darstellt. Das belegt ein jetzt bekannt gewordenes Dokument.

Wolskis Mann Michael und die mit ihm eng befreundete Witwe C. hatten den verstorbenen Ignaz C. 2008 auf dem Papier auflieben lassen, um den Deal einzufädeln. Sie hatten versucht, für eine Luxuswohnung in Cannes eine Immobilien-Gesellschaft nach französischem Recht zu gründen. Nachkommen des verstorbenen Ignaz C. gehen davon aus, dass Michael Wolski und Margit C. ihnen so ihren Erbanteil nehmen wollten.

Für das Geschäft gaulerten Michael Wolski und Frau C. einem Notar in Frankreich vor, dass Herr C. noch am Leben sei, aber nicht kommen könne. Nach Angaben einer Augenzeugin soll Karin Wolski, Richterin am Hessischen Staatsgerichtshof, von dem Geschäft gewusst und ihre persönlichen Daten dafür zur Verfügung gestellt haben. Der Deal scheiterte, weil der französische Notar vom Tod des Herrn C. wusste.

Gegen Michael Wolski und Margit C. sowie Frankfurter Notare läuft nun ein Verfahren wegen Betrugs. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt führt die Ermittlungen. Nicht ermittelt wird gegen Karin Wolski, doch auch die Aussichten auf eine Anklage der anderen Beteiligten scheinen gering zu sein. Denn die makabre Erweckung des Toten beim Notar wäre nach Ansicht der Ermittler nur strafbar, wenn sich jemand einen „Vermögensvorteil“ damit verschafft hätte. Dies sei aber nicht der Fall, weil die Wohnung bereits Witwe C. gehört habe und sie damit tun könne, was sie wolle, argumentiert die Sprecherin der Anklagebehörden.

Der Cannes-Deal steht in einer Reihe von Geschäften, bei denen den Wolskis Geld von Frau C. zufließt. Der hessische SPD-Politiker Reinhard Kahl äußerte den Verdacht, dass CDU-Mitglied Karin Wolski „sowohl in der Justiz als auch in der Regierung eine Reihe von Schutzenseln“ habe.

Vati geht auf Arbeit...

... und Mutti findet keinen Krippenplatz

Väter beziehen nach wie vor deutlich kürzer Elterngeld als Mütter. Das geht aus den Zahlen hervor, die das Statistische Bundesamt am Donnerstag vorgelegt hat. Rund drei von vier Männern, deren Elterngeldbezug zwischen April und Juni 2009 endete, blieben der Arbeit nur für zwei Monate fern. Lediglich acht Prozent bezogen das Elterngeld die maximalen zwölf Monate lang.

Bei den Frauen ist das Verhältnis umgekehrt: Neun von zehn Müttern bekamen zwölf Monate lang Elterngeld. Weniger als ein Prozent blieb nur zwei Monate lang zu Hause. Elterngeld wird nur dann 14 Monate lang gezahlt, wenn auch der Partner das Kind mindestens zwei Monate betreut. Eine neue Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) belegt, dass Mütter und Väter nach dem Ende der Elternzeit mög-

de, Doris Möller-Scheu. Nicht einmal Frau C. habe das geglaubt, erwidert Hinterbliebenen-Anwalt Jürgen Fischer, denn sonst hätte sie ja keinen Grund gehabt, ihren verstorbenen Gatten auf dem Papier wieder auflieben zu lassen.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hat Ignaz C. seiner Frau die Wohnung im Jahr 2004 geschenkt. Gegen diese Annahme spricht die jetzt bekannt gewordene Schenkungsurkunde vom 11. Oktober 2004. Darin übertrug Ignaz C. zwar „sein gesamtes gegenwärtiges Vermögen“ auf seine Frau; jedoch fehlt die 2,5-Millionen-Euro-Wohnung in Cannes in der Liste der Vermögensgegenstände, die übertragen wurden. Sie umfasst 48 Immobilien und acht Gesellschaften, aber nicht das Domizil an der Côte d'Azur.

Um die Kinder zu enterben, musste der tote Vater eine neue Firma gründen

Anwalt Fischer ist davon überzeugt, dass diese Lücke „keine Nachlässigkeit“ war. „Sie wussten, dass eine Schenkung zum Zwecke der Enterbung nach französischem Recht nicht möglich ist.“ Damit wäre die Annahme der Staatsanwaltschaft hinfallig, dass die Wohnung schon Frau C. gehörte und allein deswegen keine Rede von Betrug sein könne. In Frankreich steht Blutserwandten ein Pflichtanteil am Erbe von Immobilien zu. Er lässt sich nicht durch eine Schenkung aushebeln, aber durch die Gründung einer Immobilien-Gesellschaft.

Der Cannes-Deal steht in einer Reihe von Geschäften, bei denen den Wolskis Geld von Frau C. zufließt. Der hessische SPD-Politiker Reinhard Kahl äußerte den Verdacht, dass CDU-Mitglied Karin Wolski „sowohl in der Justiz als auch in der Regierung eine Reihe von Schutzenseln“ habe.

FRAGWÜRDIGE ORDENSTRÄGER

Friedrich Flick ist nicht der einzige Träger eines Bundesverdienstkreuzes, der eine belastete Vergangenheit hat. In der jungen Bundesrepublik setzten viele Nationalsozialisten problemlos ihre Karrieren fort. Eine Möglichkeit, ihnen die Auszeichnungen posthum zu entziehen, besteht nicht: Bei einem bei Ordensentziehungsverfahren sei immer ein Adressat nötig, sagt Martin Kothé, Sprecher des Bundespräsidenten Horst Köhler. Das Bundespräsidialamt prüfe den Umgang mit zweifelhaften Fällen, mögliche Lösungsansätze könne er aber noch nicht öffentlich machen: „In Ordensangelegenheiten geben wir grundsätzlich keine Stellungnahme ab.“



Julius Viel (1918–2002): Der Journalist bekam 1983 zu seinem 65. Geburtstag für politische Verdienste das Bundesverdienstkreuz. 2001 wurde er beim Ravensburger Kriegsverbrecherprozess zu zwölf Jahren Haft verurteilt, weil er im Frühjahr 1945 als SS-Untersturmbannführer sieben jüdische Häftlinge im KZ Theresienstadt „aus Mordlust und niederen Beweggründen“ erschossen hatte. Der schwer kranke Viel starb elf Monate nach dem Urteil.



Heinrich Bütefisch (1894–1969): Der Chemiker und IG-Farben-Vorstand war zur Zeit des NS-Regimes Wehrwirtschaftsführer. Wegen der Verklavung von Zwangsarbeitern wurde Bütefisch 1959 in Nürnberg zu sechs Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung war er schnell wieder Aufsichtsratsmitglied in der Chemie-Industrie. Das ihm 1964 verliehene Große Bundesverdienstkreuz gab er nach öffentlichen Protesten zurück.

Roderich Plate (1907–1993): Der Statistiker und Agrarmarktköonom trat als Nationalsozialist der ersten Stunde 1931 der NSDAP bei. Plate war zunächst Leiter des Reichsbüros für Statistik und erarbeitete er 1935 eine Studie zur Anzahl der „Rassejuden“ in Deutschland. Später war Plate Kontaktmann des Statistischen Reichsamts zum „Judenreferat“ von Adolf Eichmanns Reichssicherheitshauptamt. In dieser Funktion erstellte er Statistiken über das „globale Judentum“, mit denen er den Massenmord der Nazis unterstützte. Nach dem Krieg war er viele Jahre Mitglied und Vorsitzender im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung in Bonn.



Karl Maria Hettlage (1902–1995): Der Finanzjurist war nach dem Krieg als Staatssekretär im Finanzministerium unter anderem mit der Wiedergutmachung für NS-Opfer beschäftigt – zuvor war er SS-Hauptsturmführer und als Büroleiter in der Behörde Albert Speers mitverantwortlich für den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen, unter anderem im KZ Mittelbau-Dora. Hettlage erhielt 1967 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Walter Krienberg (1911–1994): 1971 erhielt der Mediziner das Bundesverdienstkreuz, 1984 sogar die höchstmögliche Auszeichnung der Bundesrepublik, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. Grund für diese Auszeichnungen waren seine Leistungen als Ordinarius für Physiologie an der Universität Mainz. Die Anfänge von Krienbergs Karriere als Mediziner hatten jedoch einen braunen Anstrich: 1937 promovierte er zum Thema „Die Auswirkungen des erbkranken Nachwuchses“, im selben Jahr trat er in die NSDAP ein. Später war der Walter Krienberg Spezialist für riskante Höhenversuche bei der NS-Luftwaffe.



Heinz Eckhoff (geboren 1923): Kurz bevor dem Kommunalpolitiker und früheren Kartoffelhändler im Jahr 2000 das Bundesverdienstkreuz für sein kommunales Engagement verliehen wurde, kamen hässliche Details seiner Biographie ans Licht: Eckhoff war vor 1945 Mitglied der Waffen-SS. Auch nach dem Krieg war Eckhoff auf der rechten Seite zu finden: Der spätere CDU-Mann startete seine Politikarriere 1968 im Kreistag Stade – als NPD-Mitglied. prmb